

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 02.06.2017, Seite 9 / Kapital & Arbeit

Von Wolfgang Pomrehn

04.06.2017

## Seit' an Seit' mit China

**Für Freihandel und eine »regelbasierte Weltordnung«: Kanzlerin Merkel und Premierminister Li üben in Berlin den Schulterchluss**



Große Freude? Premier Li Keqiang und Kanzlerin Angela Merkel am Mittwoch abend in Berlin  
Foto: Ferdinand Ostrop/POOL AP/dpa

Die Bundesregierung kann auch pragmatisch: Mit den USA läuft es derzeit nicht so gut. Da bietet sich der Schulterchluss mit der zweiten großen Weltwirtschaftsmacht geradezu an. Das machte den Staatsbesuch von Chinas Premierminister Li Keqiang am Mittwoch und Donnerstag besonders interessant. Nach einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am Ankunftsabend und deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen am

Donnerstag, machten sich die Gäste dann auf nach Brüssel zu einem Treffen mit den Spitzenkräften der EU. Li wurde von mehreren Ministern begleitet, die mit ihren deutschen Pendanten konferierten. Der Besuch fand im Rahmen der seit 2004 jährlich abgehaltenen Treffen zwischen den deutschen und chinesischen Regierungschefs statt, wurde aber diesmal mit Bedacht in das Vorfeld des G-20-Gipfels der selbsternannten wichtigsten Industrie- und Schwellenländer gelegt, der Anfang Juli unter deutschem Vorsitz in Hamburg tagen wird.

Die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* hebt in ihrer Berichterstattung gemeinsame Interessen von Gast und Gastgeber hervor. Li habe sich bei Merkel dafür eingesetzt, dass Deutschland und China weiter »Freihandel« und eine investitionsfreundliche Politik fördern sowie die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) verteidigen sollten. Letztere war in den 1990ern nicht zuletzt dank des Engagements der damaligen BRD-Regierungen aus Union und FDP entstanden. China war 2001 beigetreten und hat mit seinem exportorientierten Entwicklungsmodell seitdem erheblich von der Mitgliedschaft profitiert. Die weitere »Liberalisierung« des Welthandels im Rahmen der WTO stockt jedoch seit Ende der 1990er Jahre aufgrund großer Interessenkonflikte zwischen dem reichen Norden und vielen Entwicklungsländern.

Bei der Kanzlerin stieß Li mit seinem Appell auf offene Ohren. »Wir setzen auf offene Märkte«, ließ Merkel am Donnerstag nach den Gesprächen wissen. Beide Staaten stünden angesichts der »Zeiten globaler Unsicherheiten« in der Verantwortung, ihre Partnerschaft auszubauen und sich für eine »regelbasierte« Weltordnung einzusetzen. Li erwartet vom bevorstehenden G-20-Gipfel ein Signal für die Bewahrung des Freihandels und der Globalisierung sowie für die Erleichterung ausländischer Direktinvestitionen. Die Bundesregierung könne sich im Rahmen des Gipfels auf die Unterstützung Beijings verlassen. Man sei sich einig, wenn es um die Einhaltung gemeinsam vereinbarter Regeln gehe.

Der chinesische Premier lobte die Beziehung beider Staaten. Warenaustausch, gegenseitige Investitionen und Kontakte von Bürger zu Bürger hätten zusammen mit dem Kulturaustausch in den letzten Jahren rasch zugenommen. Er hoffe, dass die industriepolitischen Initiativen der beiden Länder – »Industrie 4.0« in Deutschland und »Made in China 2025« – noch besser miteinander verwoben würden. Merkel und Li hielten im Anschluss an ihre Gespräche Impulsreferate auf dem »Deutsch-Chinesischen Forum«. Die Veranstaltung unter der Schirmherrschaft der Forschungsminister der beiden Länder trug das Motto »Innovation gemeinsam gestalten«.

Konkret erhofft sich China Unterstützung bei der Zulassung seines neuen Passagierflugzeuges C919 für den EU-Markt. Mit diesem Modell schließen die chinesischen Flugzeugbauer gerade zu den US-amerikanischen, russischen und westeuropäischen Konkurrenten auf. Deutschland verhandelt im Gegenzug über drohende Auflagen für Automobilproduzenten in der Volksrepublik. Beijing plant strenge Quoten, um die Einführung von elektrisch betriebenen Pkw zu beschleunigen. Demnach müssten die Hersteller schon ab dem nächsten Jahr einen bestimmten Anteil ihrer Verkäufe auf dem chinesischen Markt als Elektroautos unter Volk bringen. Da die deutschen Hersteller, die über große Fabriken in der Volksrepublik verfügen, in der Entwicklung von E-Autos hinterherhinken, käme die geplante Quote einer Verkaufsbeschränkung gleich.

Die Bundesregierung betonte in Rahmen des Besuchs, dass China der größte Abnehmer deutscher Maschinen sei und Deutschland der wichtigste Handelspartner in der EU. Rund 5.000 deutsche Unternehmen seien in China tätig. Auf der anderen Seite zieht es chinesische Firmen verstärkt in die EU. Zwischen 2000 und 2016 haben private wie staatliche Unternehmen aus Fernost in der Union 101,5 Milliarden Euro investiert. Spitzenreiter über den Zeitraum betrachtet ist mit 23,6 Milliarden Euro Großbritannien.

Auf den nächsten Plätzen folgen Deutschland (18,8 Milliarden Euro), Italien (12,8 Milliarden Euro) und Frankreich (11,5 Milliarden Euro), berichtet jüngst die *Financial Times*.

Das Blatt stellte indes fest, dass sich die Kapitalflüsse in jüngster Zeit beschleunigt und die Verhältnisse umgekehrt hätten. Während China lange Zeit im großen Umfang ausländische Direktinvestitionen empfing, nahm 2016 das Volumen chinesischer Aufkäufe und Neugründungen in Deutschland von 1,2 Milliarden in 2015 auf elf Milliarden Euro zu. Deutsche Unternehmen investierten 2016 in der Volksrepublik 3,5 Milliarden Euro. 2016 sie das erste Jahr, in dem mehr Kapital aus China nach Deutschland floss als umgekehrt.